

**Haushaltsrede zum  
Plan für das Jahr 2025**

**Thomas Fabri**  
**Vorsitzender der Fraktion**

Zum Ostenfeld 3  
58739 Wickede (Ruhr)

Telefon: 0 23 77 - 91 92 0  
E-Mail: [post@thomas-fabri.de](mailto:post@thomas-fabri.de)

Wickede (Ruhr), 10. Dezember 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

beigefügt überreiche ich Ihnen die Haushaltsrede der Wickeder CDU-Fraktion als Schriftstück zum mündlichen Vortrag im Rahmen der Ratssitzung am Dienstag, dem 10. Dezember 2024.

Die Veröffentlichung der Haushaltsrede darf nicht vor Ende der vorgetragenen Rede in der Ratssitzung erfolgen; zudem gilt das gesprochene Wort.

Mit freundlichen Grüßen

*Thomas Fabri*

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Bundesverfassungsgericht hatte geurteilt die Besteuerung von Wohn- und Nichtwohngrundstücken neu und zeitgemäß zu bewerten. Bund und Land haben es nicht geschafft, sich auf ein Verfahren zu verständigen, das diese Aufgabe löst und dabei die Gemeindefinanzierung nicht beeinträchtigt.

Man hätte jetzt die Chance gehabt, die ohnehin schon lange nicht mehr auskömmliche Gemeindefinanzierung einmal grundlegend zu überarbeiten oder sogar völlig neu zu regeln. Geholfen hätten Vereinfachungen z. B. durch eine Erhöhung der Verbundquote, bei der die Kommunen pauschal mehr Geld bekämen und selbst entscheiden könnten, wo es jeweils gerade vor Ort gebraucht und eingesetzt würde.

Stattdessen werden immer mehr bürokratische Hürden aufgebaut, Fördermittel an Auflagen geknüpft und Fallkonstellationen geschaffen, bei denen sich selbst die Juristen nicht mehr einig sind. So sehen wir es jetzt bei den unterschiedlichen Gutachten zur Grundsteuerreform, bei der wir eine Rechtssicherheit wohl erst dann bekommen, wenn Gerichte darüber geurteilt haben.

Und dennoch müssen wir als Kommunen jetzt eine Entscheidung zur Grundsteuer treffen.

Als kleine Gemeinde schultern wir viele Aufgaben, die uns teilweise von höheren Ebenen ohne Gegenfinanzierung auferlegt werden. Wir möchten, dass die Menschen bei uns gut leben und auch arbeiten können. All diese Aufgaben, Projekte und zu schaffenden Rahmenbedingungen müssen aber finanziert werden. Das Gemeindefinanzierungsgesetz sieht vor, dass dies eben primär über Grund- und Gewerbesteuern geschieht. Da durch die Neuregelung der Messbeträge keine Gemeinde am Ende weniger Geld für ihren Haushalt haben sollte, blieb nur die Erhöhung der Hebesätze, um über die gleichen monetären Beträge verfügen zu können – das sind die so genannten aufkommensneutralen Hebesätze.

Um diese Aufkommensneutralität zu generieren, hat uns das Land die Beträge ausgerechnet. Hinsichtlich der Grundsteuer B konnten wir uns dabei zwischen einem einheitlichen Hebesatz oder differenzierten Sätzen für Wohn- bzw. Nichtwohngrundstücke entscheiden.

Der einheitliche Hebesatz ist zwar rechtskonform, bedeutet aber eine deutliche Mehrbelastung für Wohngebäude. Um dieser Mehrbelastung durch das so genannte Scholz-Modell des Bundes entgegenzuwirken, hatte das Land NRW differenzierte Hebesätze vorgeschlagen, um diese Mehrbelastung ausgleichender zu verteilen. Diesem Vorschlag hätten wir uns grundsätzlich

anschließen können und auch wollen. Allerdings birgt die differenzierte Variante ein hohes finanzielles Risiko, falls Gerichte die Differenziertheit einmal kippen sollten.

Wir als Kommunen sind es dann, die einen erheblichen finanziellen Schaden hätten – angefangen mit dem kostenintensiven Mehraufwand in der Verwaltung. Bis zu einer Gerichtsentscheidung – vermutlich erst in einigen Jahren – ergingen in Wickede jährlich rund 4.500 möglicherweise rechtswidrige Grundsteuerbescheide, die zum Teil dann korrigiert werden müssten. Dabei müssten wir zu viel vereinnahmte Steuern zurücküberweisen, bekämen aber keine Steuernachzahlungen von denen, die zu wenig bezahlt hätten, da diese Steuerzahler einen Vertrauensschutz auf ihren ursprünglichen Bescheid haben. Alle diese zusätzlichen Kosten würden spätestens dann mit voller Wucht in eine Mehrbelastung der Wickeder Bürger resultieren.

Insofern haben wir abwägen müssen. Zahlreiche Gespräche in unserer Fraktion, mit der Verwaltung, mit den anderen Fraktionen und auch Besprechungen mit Kommunalpolitikern über unseren Ort hinaus sind dabei unserer Entscheidung vorausgegangen. Wir sind uns einig, dass es die perfekte Lösung aktuell nicht gibt. Beide Varianten haben ihre Vor- und Nachteile.

Schlussendlich waren wir der Auffassung – auch im Hinblick auf kommende Generationen – das finanzielle Risiko, vor dem nicht zuletzt auch alle Kämmerer der Kommunen im Kreis Soest eindringlich gewarnt haben, nicht eingehen zu wollen. Um dennoch eine Entlastung der Bürger zu erreichen und nicht den hohen, empfohlenen Hebesatz nehmen zu müssen, haben wir parteiübergreifend und mit der Verwaltung eine Alternative erarbeitet. Unerwartete Schlüsselzuweisungen und Geldzugänge erlauben es uns, in der aktuellen Situation einen Hebesatz von 895 Punkten für die Grundsteuer B festzusetzen. Auch wenn dieser nicht aufkommensneutral ist, mildert er doch insbesondere für Ein- und Zweifamilienhausbesitzer die Mehrbelastung, die das Bundesmodell ursprünglich bedeutet hätte.

Wir sind der Meinung, so einen Kompromiss gefunden zu haben, der alle Aspekte ein Stück weit in Ausgleich bringt – aber es bleibt eben ein Kompromiss. Sobald hinsichtlich der Systematik differenzierter Hebesätze einmal Rechtssicherheit herrscht, sollte ein künftiger Rat hierüber erneut beraten.

Noch ein Wort zur Gewerbesteuer. Wie bereits im letzten Jahr, möchten wir diese auch jetzt nicht erhöhen. Zum einen hilft sie in der Grundsteuerdebatte nicht als Ausgleichsoption, da sie erfolgsabhängig und somit nicht sicher einplanbar ist. Zum anderen halten wir es in der aktuellen wirtschaftlichen Situation, in der sich unser Land gerade befindet, nicht für angebracht, die Unternehmen noch stärker zu belasten – zumal wir uns mit unserem Hebesatz sowieso schon im

oberen Bereich befinden. Wir erleben gerade die Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftspolitik mit Stellenabbau auch hier vor Ort. Die Umwerfungen in der Automobilindustrie werden sicherlich bald noch deutlicher zu spüren sein.

Ein uns maßgeblich beeinflussender „Kostenfaktor“ stellt insbesondere wieder die Kreis- bzw. Jugendamtsumlage dar. Die zunehmenden Steigerungen lassen sich auf kommunaler Ebene durch Einsparungen, die auch nur einmalig machbar wären, gar nicht mehr neutralisieren. Auf eine Wiederholung meiner Kommentierungen zu diesem Sachverhalt verzichte ich und verweise auf meine vergangenen Haushaltsreden.

Meine Damen und Herren, einmal mehr haben wir hier vor Ort über Parteigrenzen hinweg durch viele Gespräche und konstruktive Arbeit eine gemeinsame, mehrheitliche Lösung zur Grundsteuer und auch zu einem Haushaltsentwurf in Gänze gefunden – zum Wohle unseres gemeinsamen Heimatortes.

Diese Vorgehensweise zeichnet diesen Gemeinderat seit Jahren aus.

Erinnern wir uns an die vielen Projekte der letzten – und auch vorletzten – Legislaturperiode. Gemeinsam hatten wir die niedrigen Zinsen der vergangenen Jahre genutzt, um eine Investitions- und Sanierungsoffensive zu starten, um so unsere Standortfaktoren zu stärken. So haben wir mächtig in unsere Infrastruktur investiert, in Straßen und Radwege, die Ruhrpromenade, in die Gemeindehalle und das Bürgerhaus sowie in Schulgebäude, Sporthallen und Sportanlagen, in das Freibad, den Bikepark und den Soccer-Court. Wir haben unsere Feuerwehren auf einen modernen Stand gebracht und für die Wickeder Familien in KiTas und Schulen investiert. Auch die lebendige Vereinsarbeit und das Ehrenamt schätzen und unterstützen wir. Nicht zuletzt auch Entscheidungen für eine gute Nahversorgung, eine flächendeckende Glasfaserverlegung oder die Schaffung neuer Wohngebiete zeigen, dass wir in Wickede (Ruhr) seit Jahren auf einem guten Weg sind, bei dem uns Lebensqualität und ein attraktives Ortsbild wichtig sind.

Ein Dank geht hierbei auch an den Bürgermeister und das gesamte Verwaltungsteam für das stets konstruktive Miteinander und für die viele Arbeit im Hintergrund – denn auch das sei einmal gesagt, die zahlreichen Fördermittel – z. B. für die Feuerwehr-Renovierung, die Bürgerhaus-Sanierung oder zuletzt die 90%-ige Förderung für den Bau der Ruhrbogenbrücke – fallen nicht einfach so vom Himmel in Wickedes Schoß. Viele Gespräche, gut vorbereitete Anträge und auch das gelegentliche Nachhaken an der richtigen Stelle im Ministerium sind bedeutsam dafür.

Meine Damen und Herren, im Grundsatz werden die soeben genannten Aspekte auch weiterhin

unsere Leitplanken bleiben. Diese bildet der Haushaltsentwurf unseres Erachtens – auch mit Blick auch auf unseren erarbeiteten Zukunftsplan – ab. Insofern stimmen wir diesem als CDU-Fraktion mit den besprochenen Anpassungen zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.